

Bundespräsident gewählt und vereidigt

Joachim Gauck nimmt Amtsgeschäfte auf

Die Bundesversammlung hat am 18. März 2012 mit überwältigender Mehrheit Dr. h.c. Joachim Gauck zum elften deutschen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Am Freitag wurde Joachim Gauck in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat in seinem neuen Amt feierlich vereidigt. Die CSU-Landesgruppe gratuliert Joachim Gauck zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten und wünscht ihm eine glückliche Hand, Freude an seinem neuem Amt und Gottes reichen Segen dafür.

Am vergangenen Wochenende trat zum 15. Mal seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland im Berliner Reichstagsgebäude die Bundesversammlung zusammen, um einen Nachfolger für Christian Wulff zu wählen. Die christlich-soziale Union war mit insgesamt 91 Delegierten in der Bundesversammlung vertreten – den 44 Bundestagsabgeordneten der CSU-Landesgruppe und weiteren 47 vom Bayerischen Landtag gewählten Delegierten.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion - Tobias „Toko“ Koch
Bundespräsident Joachim Gauck bei seiner Rede im Deutschen Bundestag

Der ehemalige Pfarrer und Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde Joachim Gauck konnte bereits im ersten Wahlgang mit breiter Mehrheit die Wahl für sich entscheiden. Der gemeinsame Kandidat von Union, FDP, SPD und den Grünen erhielt 991 der insgesamt 1.228 gültig abgegebenen Stimmen. Nach seiner Wahl stellte Gauck das Thema Freiheit in den Mittelpunkt seiner Ansprache. Aus dem Glück der Freiheit erwachse aber auch die Pflicht zur Verantwortung. Sowohl die Wahlbevölkerung als auch die Gewählten müssten für ihr Land Verantwortung übernehmen, so Joachim Gauck am Sonntag vor der Bundesversammlung. Deshalb betonte er in seiner ersten Rede als Bundespräsident die besondere Bedeutung demokratischer Wah-

len. Es freue ihn besonders, gerade am 18. März zum Deutschen Bundespräsidenten gewählt worden zu sein. Denn an diesem geschichtsträchtigen Datum fand im Jahr 1990 die erste und einzige freie Wahl zur Volkskammer der DDR statt.

Nachdem Joachim Gauck bereits am Montag seine Amtsgeschäfte als Bundespräsident aufgenommen hatte, wurde er in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat am Freitag feierlich vereidigt. Als Bundespräsident möchte er für Freiheit eintreten, das Vertrauen in die Demokratie stärken, Ängste vermindern und die Integration ausländischer Mitbürger vorantreiben – so Joachim Gauck nach seiner Vereidigung.

Für die CSU-Landesgruppe stellt Joachim Gauck eine ideale Wahl dar: Sein Lebensthema sind die Freiheit in Verantwortung und die Freude an der Freiheit. Die christlich-sozialen Abgeordneten gratulieren Joachim Gauck zu seinem Wahlergebnis und freuen sich, mit ihm einen Bundespräsidenten gefunden zu haben, der nicht nur für Mut und Optimismus steht, sondern auch Freude an der Demokratie ausstrahlt und diese an die Menschen in unserem Land weitergeben möchte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Wochen haben mehrere große und international bekannte Unternehmen den Standort München in Frage gestellt. So plant die E.ON 1.500 Arbeitsplätze weniger. Dabei hätte der E.ON-Konzern gerade mit dem Standort München die Chance, aus Bayern die Energiewende zu gestalten. Dazu müssen aber zentrale Steuerungseinheiten mit den vorhandenen hochqualifizierten Arbeitsplätzen am Standort München bleiben. Wer jetzt diesen Zukunftsmarkt verlässt, der wird später nicht dabei sein und verlieren. Auch Nokia-Siemens-Network will den Standort München nach schweren Fehlern auf Seiten von Nokia aufgeben. Damit würde wertvolles KnowHow in der Telekommunikationsindustrie verloren gehen.



Und nun überlegt EADS, den Sitz der Hauptverwaltung von Ottobrunn nach Toulouse zu verlegen. Der Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt, Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hintze, hat Recht, wenn er dagegen kämpft. Damit werden endlich deutsche Interessen nachhaltig vertreten, wie es Frankreich für seinen eigenen Bereich seit Jahren planvoll durchsetzt.

Meiner Meinung nach muß die schleichende Verlagerung von Hochtechnologie aus Deutschland nach Frankreich gestoppt werden. Die deutschen EADS-Standorte brauchen vielmehr die Rückholung von Zuständigkeiten, die in den vergangenen Jahren abgezogen worden sind.

Ohne politische Unterstützung wird die deutsche Luftfahrtindustrie dauerhaft nicht überleben.

Mit freundlichen Grüßen



Agrarpolitischer Bericht

Leistungsfähige Landwirtschaft stärken

Die Bundesregierung hat in dieser Woche im Deutschen Bundestag ihren Agrarpolitischen Bericht 2011 vorgestellt. Deutlich wurde dabei einmal mehr, dass sich die deutsche und bayerische Land- und Ernährungswirtschaft unter der christlich-liberalen Koalition um Bundesministerin Ilse Aigner in einem hervorragenden Zustand befindet.

Alle vier Jahre informiert der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung über längerfristige Entwicklungen im Bereich der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Nach dem am Freitag im Deutschen Bundestag vorgestellten Bericht erzielte die Agrarbranche mit den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen im maßgeblichen Stichtag 2009 rund 6,5 Prozent der Bruttowertschöpfung der deutschen Wirtschaft. Damit waren in Deutschland nicht nur rund 5 Millionen Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt, auch auf den internationalen Märkten ist die Branche erfolgreich. Die deutsche Ernährungswirtschaft verdient jeden vierten Euro im Export und die Exportzahlen steigen weiter an.

Als große Herausforderungen an die Land- und Ernährungswirtschaft beschreibt der Bericht die hoch volatilen Rohstoffmärkte und steigenden Rohstoffpreise, den Klimawandel und die Bewältigung des Hungerproblems in armen Ländern.

Die politisch größte Herausforderung dürfte allerdings die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik unter dem Dach der Europäischen Union werden. So stoßen die Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik weiter auf Widerstand in Deutschland und anderen EU-Ländern. Diese befürchten, dass die Landwirtschaft mit dem Reformpaket überfordert sein könnte.

Die gemeinsame Landwirtschaftspolitik muss vereinfacht und ein Übermaß an Bürokratie unbedingt vermieden werden – so Bundesministerin Ilse Aigner. Sie fürchtet zu strenge Auflagen durch die EU-Kommission und fordert deshalb, kleine Landwirte von Auflagen auszunehmen, den EU-Ländern mehr Spielraum zu sichern und nach angepassten Lösungen zu suchen. Denn die Landwirte sollen weiter ihrer täglichen Arbeit auf den Feldern nachgehen können, anstatt unnötige Papierwirtschaft an ihren Schreibtischen betreiben zu müssen. Aus diesem Grund setzt sich die CSU-Landesgruppe um Ministerin Ilse Aigner weiter konsequent für den Abbau übermäßiger Bürokratie im Landwirtschaftssektor ein.

Diese Woche

Bundespräsident gewählt und vereidigt	
Joachim Gauck nimmt Amtsgeschäfte auf	1
Agrarpolitischer Bericht	
Leistungsfähige Landwirtschaft stärken	2
Telefonhotline	
Die CSU-Landesgruppe im Gespräch	2
Transplantationsgesetz	
Bereitschaft zur Organspende erhöhen	3
Kleiner Staatsbesuch	
Die CSU-Landesgruppe im Gespräch mit dem Schweizer Botschafter	4
Forschung	
Ernährung weltweit sichern	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Telefonhotline

Die CSU-Landesgruppe im Gespräch

Unter dem Motto „Ihre Meinung interessiert uns“ konnten am 20. März Bürgerinnen und Bürger aus Bayern bei der Telefonhotline der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag anrufen und mit den christlich-sozialen Abgeordneten über ihre Anliegen sprechen.

Zweimal im Jahr nehmen sich die Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zwei Stunden lang Zeit, um mit den Bürgerinnen und Bürgern aus Bayern am Telefon ins Gespräch zu kommen. Unter einer kostenfreien Telefonnummer stehen die Abgeordneten dann den Anrufern im Rahmen einer Hotline-Aktion als Ansprechpartner für ihre Anfragen zur Verfügung.



Die Telefonhotline nutzen die Bürgerinnen und Bürger gerne, um mit ihrem zuständigen Wahlkreisabgeordneten oder einem Fachpolitiker der CSU-Landesgruppe ihr Anliegen zu besprechen. Insgesamt 558 Bürger aus Bayern riefen an, um mit den Abgeordneten zu sprechen – ein Rekordergebnis für die Landesgruppen-Hotline. Aufgrund der hohen Zahl der Anrufer konnten

zeitweise nicht mehr alle Anrufe angenommen und an die Abgeordneten durchgestellt werden. Die Anliegen wurden deshalb schriftlich aufgenommen und anschließend an die Abgeordneten weitergeleitet.

Die Bandbreite der von den Anrufern angesprochenen Themen reichte von bundespolitischen Themen über regionale Fragestellungen bis hin zu ganz persönlichen Anliegen. Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe freuen sich über die zahlreichen Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Bayern, denn die Telefon-Hotline stellt für die christlich-sozialen Abgeordneten immer eine gute Gelegenheit dar, zu hören, welche Themen die Menschen in unserem Land derzeit besonders bewegen.

Transplantationsgesetz

Bereitschaft zur Organspende erhöhen

In Deutschland warten derzeit rund 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan. Um die Chance dieser Menschen auf ein möglicherweise lebensrettendes Organ zu verbessern, hat sich der Deutsche Bundestag in dieser Woche mit der Änderung des Transplantationsgesetzes befasst. Eine sogenannte „Entscheidungslösung“ soll dazu beitragen, die Bereitschaft der Menschen zur Organspende zu erhöhen.

Gut informierte Menschen stehen einer Organspende insgesamt positiver gegenüber – das belegt eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Aus diesem Grund haben Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, der vorsieht, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land künftig besser über die Organspende zu informieren.

Jeder soll in die Lage versetzt werden, sich mit der Frage seiner eigenen Spendebereitschaft ernsthaft zu befassen. Zudem soll jeder in regelmäßigen Abständen ausdrücklich aufgefordert werden, freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben – ohne dass dabei die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen eingeschränkt wird. Vorgesehen ist, dass die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversiche-

rungen dazu verpflichtet werden, ihren Versicherten geeignetes Informationsmaterial zur Organspende zur Verfügung zu stellen. Auch sollen im Zusammenhang mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte oder mit der Beitragsmitteilung Organspendeausweise zur Verfügung gestellt werden, auf dem man seine Entscheidung bezüglich der Organspende dokumentieren kann. Erstmals werden hierzu alle Bürgerinnen und Bürger im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes angeschrieben. Solange eine Speicherung der Organspendeerklärung auf der Gesundheitskarte noch nicht möglich ist, werden die Versicherten in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren informiert und zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert. Nach der Aufforderung im Jahre 2012 soll dies noch alle fünf Jahre geschehen.

Auch Bund und Länder werden in die Pflicht genommen. So soll bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisdokumenten wie Pass, Personalausweis oder Führerschein, geeignetes Aufklärungsmaterial zur Organspende ausgehändigt und Organspendeausweise zur Verfügung gestellt werden.

Die CSU-Landesgruppe begrüßt, dass mit der 1. Lesung im Deutschen Bundestag in dieser Woche nun eine Neuregelung der Organspende auf den parlamentarischen Weg gebracht wurde. Denn alleine in Bayern warten derzeit rund 1.700 Menschen auf ein Spenderorgan. Ziel der christlich-sozialen Abgeordneten ist es, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der dazu beiträgt, das Leben dieser Menschen zu retten, zu verlängern oder ihre Lebensqualität durch eine Organtransplantation entscheidend zu verbessern.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Rostrote Ränke

Echt Stimmung an Bord haben zurzeit die Rostroten im Saarland. Dort hat sich DIE LINKE nach Angaben der Süddeutschen Zeitung in den letzten Jahren – Welch Überraschung – den Ruf erworben, ein Sammelbecken für Querulanten zu sein. Der Fraktionschef im Merziger Stadtrat wurde sogar aus der Partei geworfen. Ein Homburger Arzt stellte einer Parteigenossin, die eine Wahllistenauflistung kritisiert hatte, in einem internen Bericht die „Ferndiagnose einer anhaltenden wahnhaften Störung“. Und der Landtagsabgeordnete Dagmar Ensch-Engel verbot ein Gericht Anfang des Jahres gar, einen früheren LINKE-Kreisvorsitzenden „Chinesenficker“ zu nennen. Kein Wunder, dass die Rostroten im Südwesten krampfhaft versuchen, den Wahlkampf zur Oskar-Show zu machen - alles andere wäre wohl zu ehrlich.

Grünes Gezänk

Während es draußen grünt, ist in der GRÜNEN-Parteispitze das Grauen ausgebrochen – über eine Spitzenkandidatendebatte zur Unzeit. Zuerst hieß es, Jürgen Trittin könnte die alleinige Spitzenkandidatur 2013 anstreben. Während das fleißig relativiert wurde, kündigte Claudia Roth ihre Kandidatur an, was anschließend ebenfalls relativiert wurde. Die Hauptsorge der tief in Realos und Fundis gespaltenen Partei ist, dass Roth und Trittin – beide Fundis – der Motivation der Realo-Hälfte der Partei im Wahlkampf schaden könnten. Dummerweise haben sich die Ober-Realos Renate Künast und Cem Özdemir zuletzt so bravourös selbst zerlegt, dass ihre Fähigkeit zur Spitzenkandidatur infrage steht. Frei nach einer alten Volksweisheit gilt: Im Märzen (2012) der Wahlkampf (2013) die Grünen umpflügt.

Rot-grüne Denke

Wir malen uns die Welt, wie sie uns gefällt – das dürfte die Maxime des neuen rot-grünen Thinktanks „Denkwerk Demokratie“ sein. Nachdem das von Andrea Nahles (SPD) und Steffi Lemke (GRÜNE) angeschobene Projekt zunächst sogar in den eigenen Reihen als „dämlich“ bezeichnet worden war, hat es laut Tagesspiegel inzwischen „den Rückhalt der eigenen Parteiführungen“. Ganz so einfach ist es indes nicht: Denn eben diese Parteiführungen werden klar vorgeben, wie frei das Denken sein darf. Die Marschrichtung steht bereits fest: Schuldenbremse infrage stellen und Haushaltskonsolidierung kritisieren. Rot-Grün biegt mal wieder scharf links ab. LINKE und PIRATEN dürfen übrigens erstmal nicht mitgrübeln – man habe schließlich einen „Kreis des Vertrauens“ gebildet, so ein „Denkwerk“-Mitglied.

Kleiner Staatsbesuch

Die CSU-Landesgruppe im Gespräch mit dem Schweizer Botschafter

Zahlreiche Abgeordnete der CSU-Landesgruppe um den Parlamentarischen Geschäftsführer Stefan Müller trafen in dieser Woche in Berlin den Botschafter der Schweiz in Deutschland, Tim Guldemann, um mit ihm verschiedene grenzübergreifende Themen zu besprechen.

Die Schweiz stellt für Deutschland seit jeher einen wichtigen Partner dar. Nicht nur aufgrund der räumlichen und kulturellen Nähe steht die Schweiz aber auch in einem besonders engen Verhältnis zu Bayern. Dies wurde beim Gespräch der Abgeordneten der CSU-Landesgruppe mit dem Schweizer Botschafter in Deutschland in dieser Woche einmal mehr deutlich.

Auf Einladung von Botschafter Tim Guldemann waren die christlich-sozialen Abgeordneten in das Schweizer Botschaftsgebäude in Berlin gekommen, um mit ihm über verschiedene politische Themen zu sprechen. Dabei



Foto: CSU-Landesgruppe

Palamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller und dessen Stellvertreterin Daniela Ludwig mit Botschafter Tim Guldemann (v.l.n.r.) in dieser Woche beim Besuch in der Schweizer Botschaft

ging es vor allem um Energie- und Verkehrspolitik sowie das deutsch-schweizerische Steuerabkommen. Auf großes Interesse der bayerischen Bundestagsabgeordneten stieß insbesondere auch das Thema Volksabstimmungen. Die direkte Demokratie gehört zum Selbstverständnis der Schweiz und ist dort über Jahrzehnte gewachsen. Parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller freute sich über die Einladung des Schweizer Botschafters und betonte, das die Pflege von bilateralen Kontakten nicht nur Sache der Regierungen, sondern auch der einzelnen Parlamentsmitglieder sei.

Forschung

Ernährung weltweit sichern

Fast eine Milliarde Menschen leiden weltweit Hunger während in Deutschland jährlich rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen werden. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der zur Sicherung der weltweiten Ernährung beitragen soll.

Die Sicherung der weltweiten Ernährung zählt zu einer der zentralen Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft. Mit dem in dieser Woche vom Deutschen Bundestag beschlossenen Antrag der christlich-liberalen Koalition „Forschung zur Sicherung der weltweiten Ernährung“ wird der Blick auf Menschen gelenkt, die heute – vor allem in Entwicklungsländern – noch immer nicht genügend zu essen haben. Zentraler Baustein im Kampf gegen den Hunger und Mangelernährung ist die Forschung. Deshalb wird die christlich-liberale Koalition die Forschung in diesem Bereich intensivieren. Dadurch sollen die Lebensmittelproduktion gesteigert und ein System aufgebaut werden, das die Ernährung weltweit nachhaltig sicherstellt.

++ kurz notiert ++

Haushaltskonsolidierung

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche die Eckwerte zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2013 und zum Finanzplan 2012 bis 2016 beschlossen. Danach wird Deutschland voraussichtlich schon 2014 – und damit zwei Jahre früher als vorgeschrieben – die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse einhalten können. Dank der umsichtigen Haushaltspolitik der unionsgeführten Bundesregierung wird es spätestens im Jahr 2016 gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt für den Bund vorzulegen. Dies stellt einen ganz entscheidenden Erfolg der Arbeit der christlich-liberalen Koalition dar, die weiter für sinnvolle Investitionen bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung steht.



Foto: CSU-Landesgruppe

Ordensverleihung

Dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und Bayreuther CSU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk wurde durch Botschafter Taeyoung-Moon der Erste-Klasse-Orden der Republik Korea in Form der „Gwanhwamedaille“ für seine besonderen diplomatischen Verdienste verliehen.

Griechenland-II-Paket

Der Internationale Währungsfonds hat vergangene Woche erklärt, sich an dem zweiten Rettungspaket für Griechenland mit zusätzlich 18 Mrd. Euro zu beteiligen. Zuvor hatte bereits ein Großteil der Privatgläubiger Griechenlands durch einen erfolgreichen Anleihtausch im Wert von insgesamt 172 Mrd. Euro zur Umschuldung Griechenlands beigetragen. Auch Griechenland hat seine Verpflichtungen erfüllt und alle Gesetzgebungsakte in den Bereichen Konsolidierung, Verbesserung der Einnahmen, Rentenreform, Finanzmarktregulierung und wachstumsfördernde Strukturreformen verabschiedet. Der Weg für das zweite Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 94,5 Mrd. Euro ist damit frei.